Amtsblatt
der Europäischen Union

DE
Reihe L

2025/2637

22.12.2025

BESCHLUSS (GASP) 2025/2637 DES RATES

vom 22. Dezember 2025

zur Änderung des Beschlusses (GASP) 2024/1484 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Russland

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag über die Europäische Union, insbesondere auf Artikel 29,

gestützt auf den Vorschlag der Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Der Rat hat am 27. Mai 2024 den Beschluss (GASP) 2024/1484 [1] angenommen.

(2) Die Union verurteilt weiterhin unbeirrbar die Menschenrechtsverletzungen und die Repressionen in Russland.

(3) Angesichts der sehr ernsten Lage ist der Rat der Auffassung, dass zwei natürliche Personen in die Liste der natürlichen und juristischen Personen, Organisationen und Einrichtungen im Anhang des Beschlusses (GASP) 2024/1484 aufgenommen werden sollten.

(4) Der Beschluss (GASP) 2024/1484 sollte daher entsprechend geändert werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Anhang des Beschlusses (GASP) 2024/1484 wird gemäß dem Anhang des vorliegenden Beschlusses geändert.

Artikel 2

Dieser Beschluss tritt am Tag seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 22. Dezember 2025.

Im Namen des Rates

Die Präsidentin

M. BJERRE

[1] Beschluss (GASP) 2024/1484 des Rates vom 27. Mai 2024 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Russland (ABl. L, 2024/1484, 27.5.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dec/2024/1484/oj).

ANHANG

Im Anhang des Beschlusses (GASP) 2024/1484 werden die folgenden Einträge unter der Überschrift „A. Natürliche Personen“ aufgenommen:

	Name	Angaben zur Person	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
„53.	Dmitry Sergeyevich GORDEEV Дмитрий Сергеевич ГОРДЕЕВ	Position: Richter am Stadtgericht Moskau Geburtsdatum: 9.8.1983 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: männlich	Dmitry Gordeev ist Richter am Stadtgericht Moskau und war zuvor Richter am Bezirksgericht Tverskoy in der Stadt Moskau. Dmitry Gordeev hat wiederholt politisch motivierte Urteile gegen Oppositionelle und Menschenrechtsverteidiger erlassen. Sein richterliches Verhalten zeigt, dass grundlegende Standards einer unparteiischen Justiz systematisch missachtet werden. Er weigert sich regelmäßig, entlastende Beweise zu prüfen, einschließlich Videoaufzeichnungen, die im Widerspruch zu den Behauptungen der Polizei stehen, und akzeptiert stets ungeprüfte oder kopierte Polizeiberichte seiner ehemaligen Kollegen und offenbart Voreingenommenheit, Interessenkonflikte und mangelnde richterliche Unabhängigkeit. Seine Urteile bilden ein erkennbares, politisch motiviertes Muster, das mit den Interessen der russischen Sicherheitsdienste im Einklang steht. Seine Rolle wurde als Teil einer ‚Repressionsmaschinerie‘ beschrieben, die ohne Misserfolge funktionieren muss, was seine zentrale Funktion bei der Umsetzung politisch motivierter Strafverfolgung unterstreicht. Durch seine wiederholten Handlungen hat Gordeev die Zivilgesellschaft, die demokratische Opposition und Menschenrechtsverteidiger unterdrückt, die Unabhängigkeit der Justiz und die Rechtsstaatlichkeit untergraben und politisch motivierte Strafverfolgungen aktiv erleichtert. Seine Entscheidungen unterstützen und ermöglichen den fortgesetzten Betrieb des repressiven Staatsapparats Russlands materiell. Daher ist Dmitry Gordeev verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sowie für Handlungen, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben.	22.12.2025

	Name	Angaben zur Person	Begründung	Datum der Aufnahme in die Liste
54.	Lyudmila BALANDINA Людмила БАЛАНДИНА	Position: Staatsanwältin Geburtsdatum: 16.11.1984 Staatsangehörigkeit: russisch Geschlecht: weiblich	Lyudmila Balandina ist eine Staatsanwältin, die in mehreren prominenten Fällen, die durch schwere Menschenrechtsverletzungen und Repressionen gegen Personen gekennzeichnet waren, die den russischen Behörden kritisch gegenüberstehen oder die Ukraine unterstützen, eine Schlüsselrolle gespielt hat. Lyudmila Balandina hat ihre Position als Staatsanwältin systematisch missbraucht, um politisch motivierte Anklagen zu erheben, ideologische Rhetorik im Einklang mit der Propaganda des Kreml einzusetzen und übermäßige Strafen für friedliche Meinungsäußerungen zu erwirken. Ihr Verhalten zeigt die anhaltenden und bewussten Bemühungen, die Zivilgesellschaft zu unterdrücken, abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen und staatliche Narrative zu legitimieren, die Kritik an der russischen Regierung oder Unterstützung für die Ukraine mit Extremismus oder Terrorismus gleichsetzen. Durch die Einleitung und Aufrechterhaltung solcher Strafverfolgungsmaßnahmen ist Lyudmila Balandina unmittelbar an schweren Menschenrechtsverletzungen und -verstößen beteiligt gewesen, einschließlich Verstößen gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf ein faires Verfahren und das Verbot willkürlicher Strafverfolgung, wie sie im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte und in der Europäischen Menschenrechtskonvention geschützt sind. Die Handlungen von Lyudmila Balandina untergraben die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft, indem sie das Justizsystem zu einem Instrument der politischen Verfolgung machen und zu dem umfassenderen Muster staatlicher Repressionen gegen Journalisten, Kulturschaffende und Oppositionsvertreter beitragen. Daher ist Lyudmila Balandina verantwortlich für schwere Menschenrechtsverletzungen, für Repressionen gegen die Zivilgesellschaft und die demokratische Opposition sowie für Handlungen, die die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit in Russland ernsthaft untergraben.	22.12.2025“